

DIE KONSUMENTENSTIMME

Fakten, Zahlen und Hintergründe zu Konsumententhemen von comparis.ch

NR 02 | JUNI 2013

Regulierung Die neue Krankenkassen-Aufsicht hat hohe Folgekosten	SEITE 2
Ärzterechnungen Jeder Neunte erhält vom Arzt keine Rechnung	SEITE 3
Effizienz Comparis-Spezialpreis für Sanitas	SEITE 4

EDITORIAL

Staatsmedizin mit bösen Nebenwirkungen

Prof. Didier Sornette schildert im Interview, wie er dank Comparis-Daten Immobilienblasen genauer lokalisieren und präzisere Voraussagen machen kann. Mit dem antizyklischen Kapitalpuffer will der Bundesrat Immobilienkrisen verhindern. Das ist nicht nötig, denn im Vergleich zu früheren, geplatzten Immobilienblasen sind Banken und Hypothekarschuldner durch schärfere Eigenkapitalvorschriften sicherer.

Überregulierung droht auch mit dem neuen Krankenkassen-Aufsichtsgesetz. Ohne Regulierungsfolgeabschätzung weiss das Parlament nicht genau, welche direkten Kosten die neue Aufsichtsbehörde für Bund und Kassen und damit für die Prämienzahler verursachen wird. Unbekannt ist auch, welche indirekten Kosten durch die Behinderungen des Wettbewerbs entstehen. Den Bundesrat interessiert das kaum. Die Grafik auf Seite 3 zeigt, dass er sich mit der Strategie «Gesundheit 2020» vom regulierten Wettbewerb in Richtung Staatsmedizin verabschiedet.

Wie Medikamente haben auch staatliche Interventionen unerwünschte Nebenwirkungen. Die Verantwortung von den privaten Akteuren zu einzelnen Verwaltungseinheiten zu verlagern, bedeutet auch, das Risiko des Scheiterns einzelner Akteure zum Scheitern des staatlichen Systems zu machen ✓

Felix Schneuwly,
Head of Public Affairs

«Empowerment der Bürger»

ETH-Professor Didier Sornette hat mit Comparis-Daten den Schweizer Immobilienmarkt analysiert. Er plädiert für neue Methoden zur Diagnose von Immobilienblasen. Verlässliche Informationen helfen dem Bürger, richtige Entscheide zu fällen – und auch der Politik.

Herr Sornette, Sie identifizieren mit ihrem Modell Immobilienblasen in elf Bezirken der Schweiz und behaupten, dass es nicht zu einem Crash kommt. Warum sind Sie sich dabei so sicher?

Immobilienblasen, wie wir sie in der Schweiz festgestellt haben, explodieren in der Regel nicht. Sie verhalten sich anders als die Blasen in den Rohstoff- und Aktienmärkten, wo die Preise innerhalb von Tagen oder gar Minuten extrem schwanken können. Immobilien wechselt man nicht von einem Moment zum anderen. Wir erwarten dagegen einen schrittweisen Phasenwechsel: Nach einer Phase des Enthusiasmus gibt es einen allmählichen Übergang in ein nicht mehr überbordendes System. Das belegt auch ein Blick in die jüngste Vergangenheit: Wir haben aufgrund der Comparis-Daten rückwirkend fürs Jahr 2012 eine Prognose erstellt und festgestellt, dass die damals existierenden Blasen nicht geplatzt sind, sondern die Preisentwicklung stagniert oder leicht abgeflacht ist.

11 ...

... Bezirke in der Schweiz haben Anzeichen einer Immobilienblase (siehe Karte). Das zeigt eine Immobilien-Studie, welche die ETH Zürich und comparis.ch Anfang Jahr erstellt haben. Ein Forscherteam unter der Leitung von Didier Sornette, Professor für Entrepreneurial Risks, analysierte dabei die Angebotspreise von mehr als 1 Million Häusern und Wohnungen, die von 2005 bis 2012 auf comparis.ch angezeigt wurden. Aufgrund des von Sornette entwickelten «LPPL-Modells» erwarten die Forscher kein Platzen dieser 11 Blasen, sondern eine Stagnation oder allmähliche Abflachung der Preissteigerung innert einem Jahr ✓

Kritische Situation in Agglomerationen



Anzeichen einer Immobilienblase bestehen nicht mehr in den Zentren, sondern in Regionen in ihrer Nähe. Es sind dies die schwarz markierten Bezirke Horgen und Höfe (1), Hinwil (2), Müchwilen (3), Bülach (4), Lenzburg, Baden und Aarau (5), Jura-Nord vaudois (6), Monthey (7), Locarno (8). In sieben weiteren, dunkelgrün markierten Bezirken haben sich Blasen im Jahr 2012 bereits wieder aufgelöst.

Das Preisniveau in den elf Bezirken ist recht unterschiedlich. Was haben diese elf Bezirke denn gemeinsam?

In Genf beispielsweise kosten Immobilien mehr als andernorts, und trotzdem haben wir keine Blase festgestellt. Unsere Analyse basiert nicht auf absoluten Preisen, sondern auf deren Dynamik. In diesem Punkt unterscheiden wir uns von anderen Studien. Wir betrachten die Daten nicht als Foto, das einen Moment festhält, sondern als Film, der eine Entwicklung sichtbar macht. Es geht dabei um eine superexponentielle Dynamik: Je mehr sich der Markt von einem Gleichgewicht entfernt, desto stärker sind die Kräfte, die vom Gleichgewicht wegführen. Das führt zu einer paradoxen Situation: Je höher die Preise, desto attraktiver werden sie. Wenn nämlich eine junge Familie ein Haus kaufen möchte, will sie das möglichst rasch tun – bevor das Haus noch teurer wird.

Wie lassen sich heikle Immobilienblasen verhindern?

Das können leider weder Sie noch ich. Auch die Politik mit ihren relativ kurzen Amtszeiten eignet sich nur beschränkt. Es geht hier um ein

› Fortsetzung auf Seite 2

generelles Problem der Gesellschaft: Woher erhält der Bürger die Information über die wirklichen Antriebskräfte des Wachstums? Jene, die solche Informationen liefern könnten, haben sich häufig getäuscht – oder haben uns getäuscht. Wir müssen also neue Methoden für Diagnosen entwickeln, wie wir es jetzt mit den Comparis-Daten gemacht haben. Das ermöglicht ein «Empowerment» der Bürger, die dank verlässlichen Informationen besser entscheiden können. Gleichzeitig zwingen solche Kenntnisse ein Stück weit die Regulierer, ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Bürger können auch abstimmen. Das neue Raumplanungsgesetz, die Zweitwohnungsinitiative: Wie hoch sind die Auswirkungen dieser Volksentscheide auf Immobilienblasen?

Es ist gut möglich, dass die Preise steigen, weil das Angebot geschmälert wird und die Nachfrage unverändert bleibt. Das muss aber nicht unbedingt zu einer Blase führen. Die Beispiele Spanien, Irland oder USA zeigen es: Je mehr die Preise in diesen Ländern stiegen, desto mehr investierten die Baulöwen. Wenn also aufgrund der politischen Massnahmen der Bautätigkeit Schranken gesetzt werden und die Immobilienpreise steigen, verhindert das den Übermut, immer mehr Häuser und Wohnungen zu bauen und auf dem Markt anzubieten. Das heisst: In der Schweiz können die Preise ansteigen – aber das wird den Markt nicht destabilisieren.

Und der antizyklische Kapitalpuffer, der die Banken zu mehr Eigenkapital auf Hypothekarkredite verpflichtet?

Diese Massnahme stabilisiert einen Faktor, der den Markt destabilisieren kann, und zwar die Hypothekarzinsen. Tiefe Zinsen sind schlecht für den Immobilienmarkt: Sie kurbeln das Kaufen an und führen dazu, dass Ressourcen in Immobilien statt in Firmen fliessen. Der Kapitalpuffer kann die Auswirkungen der Tiefzinsen kompensieren. Es ist unmöglich geworden, die Zinsen einfach zu erhöhen. Europa steckt in einer Krise; wenn die Hypothekarzinsen von 1,5 Prozent nur schon auf 3 Prozent steigen, verdoppeln sich die Zinskosten

Die versteckten Kosten der neuen Krankenkassen-Aufsicht

Eigentlich hätten für das Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetz die Folgekosten der Regulierung genau berechnet werden müssen. Dies ist aber nicht der Fall.

fs. Nach dem Ständerat befasst sich nun der Nationalrat mit dem bundesrätlichen Entwurf des Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetzes (KVAG), das den Wettbewerb unter den Kassen einschränkt. Obwohl die Abschätzung der Regulierungsfolgekosten vorgeschrieben ist, wurde das bei der Erarbeitung des KVAG nicht mit ausreichender Sorgfalt getan.

die möglichen Regulierungsfolgekosten seien vernachlässigbar. Gerade einmal drei oder vier zusätzliche Mitarbeitende brauche die Aufsicht für den Vollzug des KVAG aufgrund grober Schätzungen – obwohl schon heute gejammert wird, dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) fehle das Personal für eine wirksame Kassenaufsicht, was auch die Versäumnisse

worden. Aber genau das müsste im Interesse der Versicherten der zentrale Punkt sein.

Ein Gutachten des Beratungsunternehmens Polynomics kommt nämlich zum Schluss, dass das KVAG den effizienzsteigernden und qualitätsfördernden Wettbewerb beeinträchtigt. Das bedeutet: Weniger Wettbewerb führt nicht nur zu höheren Verwaltungskosten bei den Kassen. Das Fehlen eines Wettbewerbsdrucks wird auch die Zusammenarbeit zwischen Kassen und Ärzten, Spitälern und anderen Leistungserbringern beeinflussen und folglich die Kosten für die medizinischen Pflichtleistungen zu Lasten der Grundversicherung wieder stärker steigen lassen. An Stelle dieses monströsen Aufsichtsgesetzes mit unbekanntem Kostenfolgen für uns Steuer- und Prämienzahler gäbe es ein wirksameres Mittel: Prof. Ueli Kieser schlägt vor, die Aufsicht über die Kassen in einer schlanken KVG-Revision zu verbessern.

«Der Eindruck wird vermittelt, die Regulierungsfolgekosten seien vernachlässigbar.»

1999 wurde die Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) eingeführt. Seither müssen alle Botschaften des Bundesrates an das Parlament ein Kapitel über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen enthalten. Ein entsprechender Abschnitt findet sich auch in der Botschaft zum KVAG. Unter «Finanzielle Auswirkungen auf die Krankenversicherung» wird der Eindruck vermittelt,

der Vergangenheit nahelegen. Für die Krankenkassen sei nicht mit grossen Kostenfolgen zu rechnen, da Vorgaben wie etwa risikobasierte Reserven bereits per 1. Januar 2012 – also vor Inkrafttreten des KVAG – eingeführt wurden.

Welche Auswirkungen die neuen Aufsichtsbestimmungen auf den Wettbewerb unter den Kassen haben, ist offensichtlich nicht untersucht



Didier Sornette – Zur Person

Didier Sornette ist Professor für Entrepreneurial Risks an der ETH Zürich. Mit seinem Team hat er bereits mehrere Finanzblasen und deren Platzen vorausgesagt, unter anderem die Immobilienblase in den USA (2007), die Aktienindexkrise in Shanghai (2007) sowie die Ölblase (2008).

von Ländern wie Frankreich oder Spanien. Die Zinsen müssen also tief gehalten werden, auch in der Hoffnung, dass dadurch Investitionen getätigt werden und ein Wachstum erfolgt.

Wer von «Finanzblasen» spricht, meint damit häufig eine gefährliche Situation. Stellen Blasen immer einer Gefahr für die Gesellschaft dar?

Ich bin überzeugt davon, dass es auch sehr förderliche Blasen gibt, sogenannte «Social Bubbles». Unsere Forschungen legen nahe, dass die Fortschritte der Menschheit vermutlich mit grossen Blasen erfolgen. In Zeiten des Enthusiasmus gehen die Investoren und Innovatoren häufig Risiken ein, welche jenseits von Berechnungen des Kostenvorteils liegen, die man als vernünftig bezeichnen kann.

Positive Blasen? Haben Sie ein Beispiel dafür?

Ich denke dabei an das «Human Genome Project» in den 80er und 90er Jahren, als man sich irrtümlicherweise phantastische Gewinne und Erkenntnisse für Technologie und Medizin in kurzer Zeit versprach. Heute weiss man, wie komplex das Thema ist und dass für die Erforschung mehrere Jahrzehnte nötig sind. Die Forschung hat nicht der Medizin gedient, sondern die Medizin der Forschung: Wenn die Medizinbranche gewusst hätte, dass die Forschungen 30 Jahre dauern werden, hätte sie kaum die 3 Milliarden für die Forschung finanziert. Es gibt also viele positive Blasen – vor allem in der Technologie und Wissenschaft; Finanzblasen allerdings haben nicht die Qualität, der Wirtschaft einen Mehrwert zu liefern. *Das Interview führte Lorenz Frischknecht.*

Keine Rechnung vom Arzt

Das Gesetz sagt es klipp und klar: Spitäler und Ärzte müssen ihren Patienten eine Rechnung oder eine Kopie zustellen. Die Realität sieht anders aus, wie eine Umfrage von comparis.ch, dem Konsumentenforum kf und der Stiftung SPO Patientenschutz zeigt.

fri. Das KVG gesteht dem Prämienzahler eine sinnvolle Portion Eigenverantwortung zu. Der Patient muss vom Leistungserbringer eine Rechnung oder zumindest eine Kopie erhalten. So kann er kontrollieren, ob die Leistungen, die ihm oder seiner Krankenkasse in Rechnung gestellt werden, tatsächlich erbracht wurden. Doch das ist bei Weitem nicht flächendeckend der Fall. 11 Prozent der Patienten – und das ist ein stattlicher Anteil – erhalten vom Arzt keine Rechnung. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage von comparis.ch. Befragt wurden über 1100 Personen, die in den letzten zwölf Monaten mindestens einmal beim Arzt waren.

Kostspieliger Missstand

Wie folgenreich das Manko ist, zeigt folgende Hochrechnung. Insgesamt gehen laut Bundesamt für Statistik vier von fünf Schweizern mindestens einmal im Jahr zu einem Arzt. Wenn 11

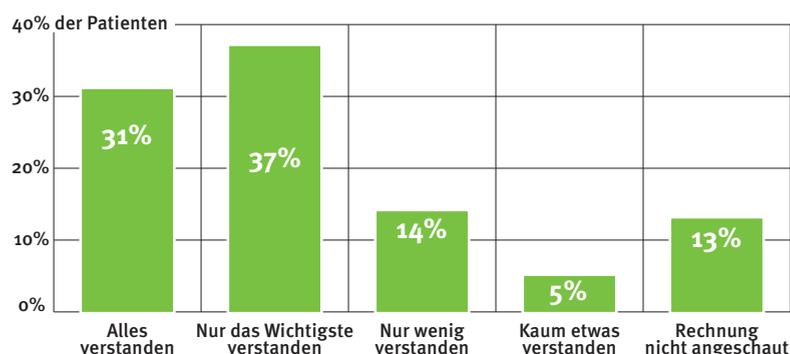
Prozent dieser Personen keine Rechnung erhalten, sind das über 500 000 Prämienzahler, welche die Kosten nicht kontrollieren können. Ist nur schon ein kleiner Teil dieser Rechnungen fehlerhaft, kann das die Prämienzahler insgesamt einige Millionen kosten. Die jährlichen Kosten für Behandlungen in Arztpraxen zu Lasten der Grundversicherung belaufen sich auf rund 6,2 Milliarden Franken (2012).

Und wenn die Rechnung oder eine Kopie davon eintrifft, kann sie häufig nicht richtig kontrolliert werden – zu kompliziert sind die einzelnen Behandlungen beschrieben. Gerade einmal ein Drittel der Personen, die eine Rechnung erhalten haben, konnten alles gut nachvollziehen (vgl. Grafik).

Auch die Kassen sind gefragt

Diese Zahlen interpretiert auch die Stiftung SPO Patientenschutz als Missstand. Patientenschützerin Margrit Kessler ortet bei den Kassen

Wie gut Patienten die Arztrechnungen verstehen



Nur knapp ein Drittel der Patienten kann alles gut nachvollziehen, was in den Rechnungen aufgeführt ist. Die Mehrheit dagegen hat Mühe und versteht nur das Wichtigste, wenig oder kaum etwas.

Quelle: comparis.ch

Handlungsbedarf: «Entdeckt ein Patient einen Fehler, sind sich die Kassen häufig zu bequem, ihm zu helfen. Auch bei Patienten, die wegen einer hohen Franchise die Rechnung ohnehin selber zahlen, müssten die Kassen beim Arzt eine Korrektur er-

wirken.» Das Konsumentenforum kf betont dabei, wie wichtig die Eigenverantwortung ist: «Das Gesundheitswesen braucht Prämienzahler, die gut informiert sind und mit wachem Sinn durch den Alltag gehen», sagt Geschäftsführer Michel Rudin.

Staatsmedizin statt Verantwortung der Bürger

Der Bundesrat will mit der Strategie «Gesundheit 2020» die Zuständigkeiten massiv zum Staat hin verschieben. Dies widerspricht Sinn und Geist des KVG.

fs. Die Rede ist von einer «umfassenden Strategie», von einer «Gesamtschau» und von Massnahmen, dank denen «in allen Bereichen des Gesundheitssystems» alles besser werden soll. Der Versuch, den Blick aufs Ganze zu erweitern, ist positiv. In Tat und Wahrheit schlägt der Bundesrat aber keine Strategie vor, sondern ein Bündel mit primär staatlichen Massnahmen und mit dem Ziel, 20 Prozent der Kosten zu sparen. Es ist ein bundesrätliches Bekenntnis zur Staatsmedizin.

Eigenverantwortung bleibt auf der Strecke

Das zeigt eine Grafik, die Bundesrat Alain Berset veröffentlicht hat. Sie zeigt die Anzahl Massnahmen, die unter der «Verantwortung» der jeweiligen Akteure umgesetzt werden sollen. Der Staat (Bund und Kantone) soll es richten: 64 Massnahmen werden dem Staat, 18 den Leistungserbringern, 12 Profit- und Nonprofit-Organisationen, 7 den Kassen und bloss 1 der Bevölkerung (Patienten) zugeordnet.

Die Politik hinter dem dargelegten Massnahmenbündel widerspricht den Prinzipien Eigenverantwortung, Wahlfreiheit sowie regulierter Wettbewerb und damit dem Sinn und Geist des Krankenversicherungsgesetzes (KVG). Die dunkelrot hinterlegte Grafik zeigt, dass der Bundesrat unter dem Begriff «Verantwortung» in erster Linie den Staat meint. Gerade mal eine einzige Massnahme wird der «Bevölkerung und den Patienten» bzw. deren «Verantwortung» zugemutet.

Rationierung statt Rationalisierung

Statt die medizinische Qualität zu verbessern und das Kostenwachstum einzudämmen, verfolgt diese «Gesamtschau» ein anderes Ziel: Das Gesundheitssystem soll stärker vom Staat gesteuert werden; wohin die Reise gehen soll, wird nicht verraten. Mehr Staat bedeutet zuerst Schuldenwirtschaft und dann Rationierung statt Rationalisierung: Ausgabenkürzungen von 20 Prozent ist das einzige, messbare Ziel.

Die Verantwortung der Akteure in Anzahl Massnahmen



Die BAG-Grafik zur Bundesratsstrategie

Einfach im Wallis, luxuriös in Schwyz

In der Schweiz gibt es grosse Unterschiede, wie luxuriös die Wohnungen eingerichtet werden. Über die ganze Schweiz betrachtet, kommen 34 Wohnstätten mit einer einfachen Einrichtung auf eine teuer eingerichtete Wohnung. Dies zeigt eine Analyse, die comparis.ch mit 200 000 Vergleichen von Hausratsversicherungen im Jahr 2012 erstellt hat. Die Unterschiede innerhalb der Schweiz sind gross. Während im Kanton Schwyz nur 15 einfache eingerichtete Wohnungen auf eine Wohnung mit teurer Einrichtung kommen, sind es im Wallis 81 einfache Einrichtungen pro Luxuswohnung. In der Romandie ist man bei der Wohnungseinrichtung eher bescheiden. In Fribourg zum Beispiel kommen 58 einfache Einrichtungen auf eine teure. Ganz anders in den Kantonen Zug und Zürich: Hier ist der Wohnungseinrichtungsstandard sehr hoch, das Verhältnis beträgt 1 zu 18 respektive 1 zu 27.

Schwarz fahren am beliebtesten

läm. Schwarze Gebrauchtwagen erzielen die höchsten Preise, gefolgt von grauen, weissen und silberfarbenen Occasionen. Bis zu 20 Prozent weniger wert ist das genau gleiche Auto in Farben wie Orange oder Türkis. Weiss ist die Modelfarbe schlechthin: 2007 waren weisse Autos 10 Prozent weniger wert als Autos der wertvollsten Farbe; heute beträgt die Differenz 2 Prozent.

Keine Treue bis zum Schrottplatz

In der Schweiz kaufen sich Autobesitzer alle 5 Jahre ein neues Auto. Obwohl ein Autokauf einer der grössten Budgetposten ist, feilscht mehr als die Hälfte beim Händler gar nicht oder nur sehr verhalten um Preis oder Zusatzleistungen.

läm. Von wegen Treue bis zum Schrottplatz! Die Schweizerinnen und Schweizer bleiben ihrem Auto nicht sehr lange treu. Nach fünf Jahren im Durchschnitt wird das alte Gefährt gegen einen Neuwagen oder eine Occasion ausgetauscht. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage, die comparis.ch bei über 800 Autobesitzern in der Deutschschweiz und der Romandie durchgeführt hat.

Junge wechseln häufiger

Je jünger die Autobesitzer sind, umso geringer ist ihre Treue. Autohalter unter 30 Jahren kaufen sich im Durchschnitt alle 3 Jahre ein anderes Auto. 30- bis 49-jährige Autobesitzer warten rund 5 Jahre bis zu einer Neuanschaffung. Bei den 50- bis 74-jährigen sind es sogar 6 Jahre.

Junge kaufen Occasionen, Ältere Neuwagen. 66 Prozent der unter 30-jährigen entscheiden sich überwiegend für Gebrauchtwagen. Wird

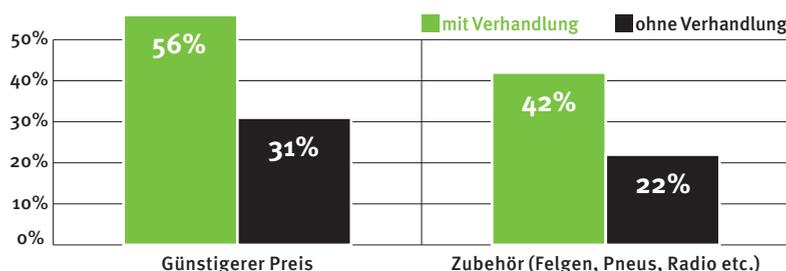
man älter, steigen die Ansprüche: Nur noch 38 Prozent der 50- bis 74-jährigen kaufen hauptsächlich Gebrauchtwagen.

Verhandeln wenig verbreitet

Ob Neuwagen oder Occasion, ein Autokauf ist teuer. Allerdings verhandelt die Mehrheit nicht über den Preis. Über die Hälfte hat nicht oder nur verhalten beim Preis gefeilscht. Eigentlich erstaunlich, denn das Verhandeln führt in den meisten Fällen zu Erfolg, sei es ein Rabatt beim Preis oder beim Zubehör. Fast 6 von 10 Befragten, die beim letzten Autokauf über den Preis verhandelten, mussten weniger für das neue Auto bezahlen. Nur gerade 3 von 10 Befragten, die nicht verhandelten, bezahlten einen reduzierten Preis.

Gerade beim Autokauf lohnt sich Verhandeln und Vergleichen auf jeden Fall, denn häufig können mehrstellige Beträge gespart werden.

Wer verhandelt, erhält häufiger Rabatt



56 Prozent der Autokäufer, die beim Autokauf verhandeln, erhalten einen besseren Preis. Von jenen, die aufs Feilschen verzichten, erhalten bloss 31 Prozent einen Rabatt.

Quelle: comparis.ch

Spezialpreis 2013 geht an Sanitas

fs. Vor einem Jahr hat comparis.ch erstmals die Krankenversicherungen mit den tiefsten Verwaltungskosten (gemessen in Prozentanteilen der Prämien) mit dem Effizienz-Preis ausgezeichnet. In diesem Jahr prämiert comparis.ch zusätzlich besonders innovative und effizienzsteigernde Aktivitäten mit dem Spezialpreis.

Der Comparis-Beirat hat mehrere Beispiele geprüft und sich am 3. April einstimmig für das Gesundheitscoaching von Sanitas entschieden. Das Gesundheitscoaching ist ein Beratungsangebot unter medizinischer Aufsicht für chronisch Kranke (Diabetes, Dyslipidämie, Hypertonie, Adipositas sowie Rückenschmerzen). Es verbessert die Lebensqualität der Betroffenen. Komplikationen und Folgebehandlungen bzw. -kosten werden minimiert. comparis.ch prämiert damit Vorhaben der Kassen, die ihre Versicherten auch bei Krankheit aktiv unterstützen. Dieser zukunftsweisende Ansatz kann durch die nötige Reform des Risikoausgleichs beschleunigt werden.

Nicht ohne mein Smartphone

läm. 10 Prozent der Smartphone-Besitzer prüfen ihr Telefon auf Nachrichten und Aktualitäten, noch bevor sie aufgestanden sind, 20 Prozent direkt danach. 21 Prozent beim fertig machen für den Tag und 18 Prozent auf dem Arbeitsweg. Fast 60 Prozent nutzen das Smartphone am Arbeitsplatz privat. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage von comparis.ch.

Comparipedia

Vertragszwang vs. Boykott

Das Problem: Bei Assura versicherte Patienten profitieren laut dem Aargauer Ärztenetzwerk Argomed von dessen langjähriger Qualitätsarbeit, ohne dass die Assura wie andere Kassen diese finanziell unterstützt. Die Argomed-Ärzte weisen die betroffenen Patienten auf diesen Missstand hin – oder boykottieren die Assura-Versicherten sogar. Das widerspricht dem Vertragszwang gemäss Krankenversicherungsgesetz und auch dem ärztlichen Berufsethos.

Die Lösung: Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) schreibt eindeutig den Vertragszwang vor. Kommt zwischen Kassen und Ärzten kein Tarifvertrag zustande, setzt laut Art. 47 die Kantonsregierung einen Tarif fest. Wenn also die Argomed-Ärzte der Ansicht sind, die Assura sei Trittbrettfahrer, müssen sie dem Kanton mitteilen, dass zwischen ihnen und der Assura kein Vertrag zustande gekommen ist. Dann setzt der Kanton den Tarif fest. Wenn aber die Argomed-Ärzte wollen, dass sich Assura dem Tarifvertrag anschliesst, müssen sie die Assura davon überzeugen ☺

IMPRESSUM

Herausgeber: comparis.ch, Stampfenbachstrasse 48, CH-8006 Zürich
© 2013 comparis.ch
Redaktion: Lorenz Frischknecht (fri), Gabi Lämli (läm), Felix Schneuwly (fs)
Gestaltung: yw@blackbox.ch
Druck: rva Druck und Medien AG, Altstätten
Reaktionen: redaktion@comparis.ch
Nachdruck, auch auszugsweise, mit Quellenangabe (comparis.ch) gestattet; abrufbar als PDF auf: www.comparis.ch/konsumentenstimme

comparis.ch